Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 64

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

MARGINALIEN / REZENSIONEN

Tagungsbericht: **Landkonflikte im Südlichen Afrika** – neue Trends oder alte Probleme?

Die Schweizer Organisationen KEESA, Solifonds, das Afrika-Komitee FEPA und das Zentrum für Afrikastudien organisierten am 15./16. November 2013 in den Basler Afrika Bibliografien eine hochranging besetzte Tagung zu Landkonflikten im Südlichen Afrika, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, «im Dialog mit Betroffenen, Involvierten und Forschenden die Frage einer nachhaltigen Landreform neu zu stellen». Dies ist ihr mit Sicherheit gelungen, doch geht diese Fragestellung weit genug angesichts der drängenden Probleme wie Land Grabbing oder gar Klimawandel? Und wo sind die Ansatzpunkte für die Arbeit deutscher NGOs und Solidaritätsgruppen?

Der Fokus der Tagung lag auf den beiden Ländern Südafrika und Simbabwe. Simbabwe aufgrund der ersten sichtbaren Erfolge der sehr umstrittenen «Fast Track Land Reform» seit dem Jahre 2000, Südafrika hingegen wegen der fehlgeschlagenen Umverteilung über das Prinzip «Willing Seller – Willing Buyer», für das aber nach wie vor keine alternative Landpolitik aufseiten der Regierung ausgearbeitet worden ist. Prof. Lungisile Ntsebeza (Uni Kapstadt) brachte in seinem Einführungsvortrag als weiteres Beispiel und Vergleichsland Sambia in die Diskussion ein, das aufgrund seiner recht progressiven Landpolitik während Kaundas Präsidentschaft zunächst als Gegenbeispiel zu den Siedlerkolonien Südafrika, Namibia und Simbabwe galt und sich dann im Zuge seiner zweiten Demokratisierung in den 1990er-Jahren unter Chiluba auch in der Landfrage einer neoliberalen Politik verschrieb – mit verheerenden Folgen für die ländliche Bevölkerung.

Ntsebezas Forschungsschwerpunkt liegt in der Frage der Demokratisierung der Landpolitik. Generell gilt für das Südliche Afrika, dass die Bedeutung und der Einfluss der traditionellen Führer bei der Landvergabe in den «communal lands» – Land, das nach traditionellem Recht vergeben wird; zumeist Gemeinschaftsland bzw. ehemalige Reservate – gross sind. Für die Landfrage entscheidend ist dabei, dass sich diese angestammten Praktiken in der Kolonialzeit verändert haben, da die Chiefs mehr zu Handlangern der Kolonial- und später Apartheidmächte gemacht wurden. Besonders Frauenorganisationen wehren sich heutzutage vehement gegen die patriarchalen Strukturen der Landvergabe, die zudem die Zweiklassengesellschaft zwischen Stadt und Land perpetuiert und die in der Verfassung festgeschriebenen Gleichstellungsrechte untergräbt. Fragen wie die nach der praktizierten Landvergabe, dem Einfluss der Chiefs, der Korruption und der Rechtlosigkeit von Frauen blitzten während der gesamten Tagung immer wieder auf, wurden aber nicht eigens herausgearbeitet. Wirklich deutlich wurde einzig Mercia Andrews vom TCOE (Trust for

Community Outreach and Education, Kapstadt) – vielleicht, weil sie die einzige Frau unter den Referenten war. Sie betonte, dass im Interesse einer restaurativen Gerechtigkeit eine Enteignung der weissen Farmer unumgänglich sei, dass es dabei aber nicht um eine Verstaatlichung, sondern um eine Vergesellschaftung gehen müsse: Die Frage nach dem Gemeinwohl, den Commons, der Rolle der Gemeinschaften oder Dorfgemeinschaften gelte es nicht zuletzt auf dem Hintergrund der «Grundfrage» der Landnutzung hier neu zu stellen. Denn was soll mit dem Land geschehen, das umverteilt wird? Wird es nach rein marktbasierten Massstäben bewertet? Und welche Chancen haben Kleinbauern oder mittelständische Farmer denn heute überhaupt noch auf dem Weltmarkt? Andrews stellte klar, dass diesbezüglich in Südafrika vonseiten der Parteien keine Lösungen zu erwarten sind, da sie einen rein städtischen Blick auf die Landfrage hätten. Der letzte wirkliche Versuch eines Gesprächs mit der Landbevölkerung über ihre Vorstellungen und Bedürfnisse bezüglich einer Landreform fand zum Land Summit 2005 statt, der jedoch politisch folgenlos blieb.

Inwieweit diese Problematik auch für Simbabwe relevant ist, blieb ebenfalls offen. Walter Chambati vom AIAS (African Institute on Agrarian Studies, Harare) machte in eindrücklicher Weise die Erfolge der Landreform in Simbabwe deutlich, die das Institut im Rahmen intensiver Recherchen für sechs der acht Provinzen dokumentiert hat: Am meisten profitierten die Bauern aus den «communal lands», etwa 30 Prozent der städtischen Bevölkerung und immerhin 7 Prozent der ehemaligen Farmarbeiter erhielten Zugang zu Land. Obwohl Chambati betonte, dass die Landvergabe keineswegs als chaotisch zu bezeichnen sei, wies er darauf hin, dass zumindest die Zugehörigkeit zu einer regional vorherrschenden Gruppe ein wichtiges Kriterium für den Erhalt von Land gewesen sei (auf den Faktor Parteizugehörigkeit ging er nicht ein). Dadurch sei es besonders für Migranten schwer gewesen, den Zuschlag zu erhalten – und dies trifft Farmarbeiter besonders, da ein Grossteil von ihnen ursprünglich aus Mosambik oder anderen angrenzenden Ländern stammt. Besonders erfolgreich seien laut der Studie die Kleinbauern, die vor allem für die eigene Versorgung und den lokalen Markt produzieren. Dies gehe nicht zuletzt auf die marode Infrastruktur sowie fehlende Finanzmittel zurück, von denen mittelständische Betreibe weitaus stärker abhängen. Doch auch bei der Landreform in Simbabwe wird nicht an den Grundfesten der Landverteilung gerüttelt. Auch wenn mehr Land von mehr eigenständigen Bauern bewirtschaftet wird, herrscht weiterhin die Differenzierung zwischen städtischen und ländlichen Bereichen, wird nicht an der Kategorisierung «communal land» gerüttelt. Darüber hinaus bleibt die Unsicherheit der Besitzverhältnisse («tenure system») auch nach der Landreform bestehen, und das obwohl auch den neuen simbabwischen Landbesitzern ohne Landtitel keine Kredite für Investitionen zur Verfügung stehen. Ntsebezas Frage an Chambati, ob Simbabwe nun dekolonisiert sei, muss daher mit Nein beantwortet werden. Denn auch nach der Fast Track Land Reform bleiben die kolonialen Strukturen weitgehend erhalten.

Wie die Wirklichkeit in Simbabwe jenseits der erfolgreichen Landreform

aussehen kann und in welchem Mass auch hier machtpolitische und Gewinninteressen im Vordergrund stehen, beschrieben Claris Madhuku, (Platform for Youth Development) und Wedzerai Gwenzi aus Chisumbanje mit erschütternden Bildern. Dort kämpft eine Region gegen die dubiosen Geschäftspraktiken einer Ethanolfabrik, die die Ernte der Bauern und die gesamte Umwelt zerstört und somit alle Dorfbewohner vertreibt. Besonders dramatisch zeigt sich hier die fehlende Rechtssicherheit. Gab es vor den Wahlen noch deutlich positive Entwicklungen – einerseits weil beide Parteien (MDC und ZANU-PF) in der Regierungsverantwortung waren, andererseits weil die ZANU-PF auf Stimmenfang aus war –, so ist jetzt klar, dass die kriminellen Machenschaften die Oberhand gewonnen haben, zulasten der Dörfer und der Bauern, die wieder einmal die Hauptverlierer sind. Hieran wird deutlich, wie wenig eine Landreform tatsächlich verändert, wenn unerlässliche Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit, Gewaltenteilung und echte Mitbestimmung fehlen.

Die Stärke der Tagung lag in der Verknüpfung der Perspektiven von Wissenschaft und Basisbewegung. Dabei überzeugten sowohl die Delegierten der Chisumbanje-Gemeinschaft als auch der Vertreter der Farmarbeitergewerkschaft Ryno Filander. Sie stehen für eine neue Generation von Aktivisten, die sich durch moderne Technik vernetzt den Machtapparaten widersetzen. Der Kampf im Fall Chisumbanje erfordert internationale Aufmerksamkeit. Vorranging geht es um die Offenlegung der Machenschaften der Hintermänner der Ethanolfabrik und ihrer internationalen Verbindungen. Bei den Farmarbeitern aus dem Western Cape geht es darum, der internationalen Gemeinschaft vor Augen zu führen, dass sich deren Situation seit der Apartheidzeit nicht verändert hat – notfalls auch mit den altbewährten Methoden einer Naming-and-Shaming-Kampagne gegen Wein aus Südafrika.

Simone Knapp

Elisabeth Bäschlin / Sandra Contzen / Rita Helfenberger (Hg.): **Frauen in der Landwirtschaft.** Debatten aus Wissenschaft und Praxis. Reihe Genderwissen. eFeF-Verlag, Wettingen 2013 (280 S.)

Die Publikation *Frauen in der Landwirtschaft* soll das bisher «Unsichtbare» sichtbar machen. Sie geht auf die Tagung «Frauen in der Landwirtschaft» im Januar 2011 an der Universität Bern zurück. Die verschiedenen Beiträge sind aus den Diskussionen mit Bäuerinnen, Wissenschaftlerinnen und Vertreterinnen von landwirtschaftlichen Beratungsstellen der Schweiz, Deutschlands, Österreichs und Südtirol entstanden.

Lange Zeit waren Frauen, die sich in der Landwirtschaft als Bäuerinnen (Ausbildung fokussiert auf Hauswirtschaft und angegliederte Bereiche, z.B. Kleintierhaltung) und Landwirtinnen (Ausbildung befähigt, einen Betrieb zu leiten, sowie Fachkompetenzen wie Pflanzenbau, Grosstierhaltung) betätigten, weder in Statistiken noch in Berichten zur Landwirtschaft aufgeführt. Wie in vielen anderen Bereichen waren sie höchstens mitgemeint. Obwohl wir es seit jeher wissen – kein bäuerlicher Familienbetrieb kommt ohne die Arbeit und die

Sachverständigkeit der Frauen aus. Es muss festgehalten werden, dass die Frauen in der Landwirtschaft heute mehr denn je mit ihrer Arbeit, ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrer Kreativität entscheidend zur Entwicklung der Familienbetriebe und der gesamten Landwirtschaft beitragen. Kommt dazu, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen die traditionellen Rollenvorstellungen von Frauen und Männern und die Arbeitsteilung in Familie und Betrieb ins Wanken bringen. Heute übernehmen Landwirtinnen die Betriebsleitung, was früher klar den Männern vorbehalten war. Zudem sind heute viele Frauen in Familienbetrieben bestrebt, ihre Eigenständigkeit zu wahren und eine eigene finanzielle Sicherheit zu erlangen. Sie tun dies, indem sie neue Aufgaben und Funktionen übernehmen oder einem Nebenerwerb nachgehen, was nicht zuletzt auch zur Sicherung des Familieneinkommens beiträgt. Das erfordert Umgestaltung und bringt Dynamik in die bäuerlichen Betriebe und Haushalte. Aber Veränderungen verursachen in der Regel Mehrarbeit, was zur Überlastung von Frauen mit gesundheitlichen Folgen führen kann.

Vor diesem Hintergrund gehen die verschiedenen Autorinnen und der einzige Autor von *Frauen in der Landwirtschaft* in ihren Beiträgen regionenübergreifend auf die verschiedenartigen und komplexen Themenbereiche ein. So wird unter anderem den Fragen nachgegangen, welche Rolle die Frauen im bäuerlichen Betrieb einnehmen, welche individuellen Entwicklungsmöglichkeiten ihnen offenstehen und wie zwischenmenschliche, familiäre und wirtschaftliche Aspekte miteinander verwoben sind. Aber auch wie sich Geschlechterrollen auf dem Bauernhof gestalten, damit ein Betrieb erfolgreich geführt werden kann. Weiter werden in einem Beitrag die Vielfältigkeit der Lebensläufe und Karrieremuster von Schweizer Bäuerinnen dargestellt, insbesondere von jenen, die nicht in einem bäuerlichen Umfeld aufgewachsen sind.

Fragen rund um die Nachfolgeregelung sind ebenfalls thematisiert: Wer soll den bäuerlichen Betrieb übernehmen, wer ist dazu am besten geeignet? Die Autorin des entsprechenden Beitrags stellt fest, dass die Hofnachfolge nur in Ausnahmefällen an eine Tochter übergeht. Interesse und das Potenzial von Töchtern wird von Bauernfamilien immer noch und oft unterschätzt – oder die Töchter werden diesbezüglich zu wenig gefördert. Ausserdem geht ein weiterer Beitrag am Beispiel von Österreich der Frage nach, wie bäuerliche Betriebsleiterinnen, die nicht über die Erbfolge die Leitung eines Hofes übernommen haben (Auftrag, Pacht, Erwerb), ihre berufliche Aufgabe ausgestalten und wie es ihnen gelingt, sich zu positionieren.

Ein anderer Beitrag thematisiert das Bild, das Südtiroler Bäuerinnen von sich selbst haben, wie auch ihre Vorstellungen in Bezug auf ihre Individualität. Daraus entwickelten die AutorInnen ein «Selbstkonzept». Auch darin zeigt sich, dass die geschlechtsspezifische Rollen- und Arbeitsteilung im Wandel begriffen ist. Eine weitere Frage, die allgemein und länderübergreifend interessiert, beschäftigt sich mit den sozialen und symbolischen Dimensionen bezüglich materieller und immaterieller Nachhaltigkeit in ländlichen Gesellschaften und mit den Werthaltungen und Praktiken von Frauen und Männern, die bäuerlichen Betriebe prägen.

In einem Abschnitt wird dargestellt, dass es meistens Frauen sind, die erfinderisch neue Einnahmequellen erschliessen – nicht zuletzt spielen Bäuerinnen eine wichtige Rolle in der Früherkennung und Bewältigung von finanziell schwierigen Situationen. Mit kreativen Projekten verstehen es Bäuerinnen, nicht nur zusätzliches Einkommen zu generieren, sondern auch bäuerliche und nichtbäuerliche Gesellschaftsgruppen miteinander zu vernetzen. Das wird am Beispiel «Schule auf dem Bauernhof» aufgezeigt.

Die Arbeitsbelastung unter den Bäuerinnen wird im Buch ebenfalls thematisiert. Frauen, die auf dem bäuerlichen Betrieb mitarbeiten und nebenbei noch einer ausserlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen in der Regel die unbezahlte Arbeit im Haushalt alleine bewältigen. Darunter leidet ihre Lebensqualität. In einem Beitrag wird aufgezeigt, wie es Bergbäuerinnen in der Schweiz verstehen, ihre Arbeitsbelastung durch verschiedene Formen von Erholung und Freizeit auszugleichen. Es wird beschrieben, dass Bedürfnisse nach Erholung sehr individuell ausgeprägt sind, oft beeinflusst von der Biografie, der Wertehaltung, der Herkunft oder der Familienphase.

In einer «Zeitreise» über zwei Jahrhunderte wird der bedeutende Beitrag der Frauen in der bayrischen Landwirtschaft dargestellt, in der sie schon immer vielfältige Arbeiten übernommen haben. Die Autorin resümiert, dass Frauen in der Landwirtschaft heute mehr Möglichkeiten haben, sich zu entfalten, eigene Projekte zu entwickeln und zu realisieren. Im Laufe der Zeit hat sich nicht nur das Tätigkeitsfeld der Frauen in der Landwirtschaft, sondern auch ihr Selbstbild verändert.

Insgesamt vermitteln die Beiträge des Buchs ein differenziertes und vielfältiges Bild über Frauen, die in der Landwirtschaft und meistens im bäuerlichen Familienverband arbeiten. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag, das bisher «Unsichtbare» der Frauen in der Landwirtschaft sichtbar zu machen.

Therese Wüthrich

Andreas Schwab: **Landkooperativen Longo maï.** Pioniere einer gelebten Utopie. Rotpunktverlag, Zürich 2013 (240 S.)

Im Juni 1973 wurde in Basel Longo Maï gegründet. Die sich in der Kooperative vereinigenden jungen Menschen aus Frankreich, Österreich und der Schweiz wollten ein selbstbestimmtes Leben führen – eine Alternative zum angepassten Leben in der konsumorientierten kapitalistischen Gesellschaft ausprobieren. Der Berner Historiker und Ausstellungsmacher Andreas Schwab hat ein lesenswertes Buch über das Leben in der Landwirtschaftskommune verfasst.

Die jungen Menschen, welche 1973 Longo Maï gründeten, empörten sich über die herrschende Gesellschaftsordnung, die sie als ungerecht empfanden – als einengend und lebensfeindlich. Auch die Diskussionen, welche auf den Universitäten geführt wurden, sagten ihnen nicht zu. Sie empfanden diese als praxisfern. Ihnen ging es nicht darum, den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Sie sprachen auch nicht von Revolution. Dafür waren sie zu pragmatisch – zu fest in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verankert. Sie wollten anders leben, als es die bürgerliche

kapitalistische Gesellschaft vorsah. Dank einer Erbschaft zweier Gründungsmitglieder waren sie zu Geld gekommen, konnten Grund und Boden erwerben und ihr Experiment in den Bergen der Provence beginnen.

Andreas Schwab führt uns in einem kurzen historischen Rückblick durch die Anfangsjahre von Longo Maï, konzentriert sich dann aber vor allem auf die Beschreibung des aktuellen Lebens in den Longo-Maï-Kommunen in der Provence, im Jura und in Norddeutschland. Er lässt aktive alte und junge Kommunenmitglieder zu Wort kommen, aber auch ehemalige und Kinder der Gründungsmitglieder. Er wirft mit ihnen einen Blick zurück auf die Anfangsjahre und scheut sich nicht, auch kritische Fragen zu stellen und schmerzhafte Episoden wie die grosse Medienhetze in den 70er-Jahren zu thematisieren.

Wer die Geschichte und die Entwicklung von Longo Maï nicht kennt, bekommt über den Text und die vielen illustrativen Bilder einen guten Einblick in diese Kommune. Wer sich bereits mit Longo Maï beschäftigt hat, bekommt neue Einsichten. Dabei werden einige Fragen ganz bewusst offengelassen: Ist das Experiment tatsächlich gelungen? Ist es statthaft, die Mechanismen und das Leben in der kapitalistischen Gesellschaft zu kritisieren, wenn das eigene Projekt auch durch Spendengelder am Leben erhalten bleibt? Was geschieht mit jenen Gründungsmitgliedern, die in den nächsten Jahren das Pensionierungsalter erreichen? Ist es möglich, in einer dieser Kommunen als Rentnerin oder Rentner zu leben? Ist dies wünschenswert? Wie weiter?

Die jungen Lehrlinge und Studenten, welchen 1973 aus Basel aufbrachen, um zu zeigen, dass ein anderes Lebensmodell möglich ist, haben viele – wohl auch sich selbst – überrascht. Seit 40 Jahren gibt es ihre Kommunen in Deutschland, Frankreich, Österreich, Costa Rica, der Ukraine oder der Schweiz. Sie wollten wirtschaftlich unabhängig und autonom sein. Das ist ihnen recht gut gelungen. Sie wollten Brachland kultivieren, nicht ins «Räderwerk der Gesellschaft» geraten (S. 24), sondern – eben – eine eigene genossenschaftliche Siedlung aufbauen. Auch das schafften sie. Sie wollten eine basisdemokratische, herrschaftsfreie Gemeinschaft bilden, welche ihre Lebensmittel biologisch und sozial erwirtschaftet. Auch dieses Ziel erreichten sie.

«Sie hatten den Mut», so schreibt Schwab (S. 34), ein Projekt «anzufangen, ohne im Voraus abschätzen zu können, wohin die Reise führen würde.» Handkehrum waren die Mitglieder von Longo Maï zuversichtlich, dass sie mit ihrem Projekt Erfolg haben würden. Diese Überzeugung spiegelt sich auch im gewählten Namen. «Longo maï» ist ein provenzalischer Gruss und bedeutet «Es möge lange währen». Im Jahr 2013 feierte die Kommune ihr 40-järiges Bestehen. Dazu ist ihnen zu gratulieren. Auch Schwab, der mit seinem Buch ein wertvolles Zeitdokument erstellt hat.

Philipp Ryser

Peter Clausing: **Die grüne Matrix.** Naturschutz und Welternährung am Scheideweg. Unrast-Verlag, Münster 2013 (155 S.)

Die Explosion der Agrarpreise 2008 löste einen beispiellosen Run auf die verfügbaren Anbauflächen dieser Welt aus. Mit

Grosskäufen oder langlaufenden Pachtverträgen sichern sich seitdem Unternehmen und Staaten die Grundlage für lukrative Geschäfte oder die künftige Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung. Auf der Strecke bleiben Kleinbauern und andere lokale Produzenten, die oft nicht einmal über Besitztitel für seit Generationen genutztes Land verfügen.

Kaum ein anderes Thema ist in den vergangenen fünf Jahren in der entwicklungspolitischen Szene so intensiv diskutiert worden wie dieses Land Grabbing. Und doch greift aus Sicht des Autors von *Die grüne Matrix* die Debatte zu kurz: Sie spart das Thema der Vertreibung von Menschen zur Etablierung menschenfreier Naturschutzgebiete aus. Von den Dimensionen her überragt dieses zweite Land Grabbing, das der Biodiversität und dem Klimaschutz dienen soll, den Landraub für die industrielle Landwirtschaft.

Rund 2,27 Millionen Quadratkilomentern Agrar Grabbing, die bis 2012 erfasst wurden, steht das Vierfache an Naturschutzfläche gegenüber. Allein aus den Schutzgebieten Afrikas wurde mindestens eine Million Menschen vertrieben. In Lateinamerika sind immerhin 70 Prozent der Schutzgebiete bewohnt und Vertreibungen weniger typisch. Peter Clausing, promovierter Agrarwissenschaftler, Mexiko-Aktivist und Mitbetreiber des Portals www.agrardebatte.de, diskutiert in seinem ersten Buchkapitel vor allem soziologische und anthropologische Studien, die soziale Folgen des Naturschutzgrabbings dokumentieren. Sie belegen auch eine Mitverantwortung grosser Naturschutzorganisationen an Vertreibungen. Meist sind diese nicht direkt involviert, aber als «geistige Urheber» und Geldgeber beteiligt. Die Entfernung der BewohnerInnen aus den Nationalparks übernehmen die Regierungen. In dieser Weise trat z.B. der World Wide Fund for Nature (WWF) in sieben untersuchten Fällen in Erscheinung (S. 31).

Das theoretische Konzept, das diesem «Festungsnaturschutz» zugrunde liegt, heisst Land Sparing. Clausing stellt es im zweiten Kapitel vor. Es wurde vor knapp 20 Jahren im angelsächsischen Raum entwickelt und zielt auf nicht weniger als auf eine neue globale Raumordnung: Konzentration der Menschen in Städten und eine Aufteilung des Landes in Nutzflächen, auf denen mit intensiven Anbauverfahren, Agrochemikalien und Gentechnik die Nahrung für eine wachsende Weltbevölkerung produziert wird, und in menschenfreie Naturschutzgebiete, die dem Erhalt der Biodiversität dienen.

Zur Zerstreuung menschenrechtlicher Bedenken gegen eine Umsiedlung der Landbevölkerung haben die Anhänger des Land Sparing eine historische Vorlage konstruiert: Sie deuten die gesellschaftlichen Prozesse in Europa während der Industrialisierung zu einer friedlichen Urbanisierung um. Faktisch aber, so der Autor, sei die Land-Stadt-Migration, z.B. in Grossbritannien im 19. Jahrhundert, schlicht eine Vertreibung infolge einer dramatischen Landumverteilung gewesen (S. 60).

Das Gegenkonzept zu Land Sparing ist Land Sharing: eine Vereinigung von Landwirtschaft und Naturschutz in der Agrarökologie. Zum einen entfaltet sich auf agrarökologisch bewirtschafteten Flächen eine hohe Biodiversität und zum anderen dienen sie, anders als chemieverseuchte Agrarwüsten, für Pflanzen und Tiere als Durchgangskorridore

(«grüne Matrix»!) zu ihren Habitaten (S. 94). KleinbäuerInnen mit einem Eigeninteresse an einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihres Landes und an einer souveränen Verfügung über das, was sie anbauen, sind dabei die besten Agrarökologen. Schliesslich ist eine multifunktional gedachte Agrarökologie auch «ein Trittstein auf dem Weg» zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung (S. 97).

Aber kann sie auch die Welt ernähren? Diese spannende Frage beantwortet Clausing mit einem Verweis auf zwei Metastudien, die zusammen rund 650 Einzelexperimente zum Ertragspotenzial des agrarökologischen Anbaus analysieren. Zumindest in den Ländern des Südens schneidet die Agrarökologie besser ab als der konventionelle Anbau. Und «insbesondere dort», so die Schlussfolgerung der AutorInnen, der sich Clausing anschliesst, liesse sich mit ihr der Hunger beseitigen (S. 101).

Die absehbare Bodenmüdigkeit nach jahrzehntelangem Einsatz von Agrochemikalien ist ein weiteres starkes Argument für Agrarökologie. In Indien und China, den Vorzeigeländern der Grünen Revolution, sind diese Folgen schon heute in Wassermangel und Ertragsrückgängen spürbar. Hier könnte zum Beispiel das System der agrarökologischen Reis-Intensivierung (SRI) Abhilfe schaffen. Clausing stellt es als Fallbeispiel vor (S. 106). Die Wassereinsparung gegenüber dem konventionellen Reisanbau beträgt 20–30 Prozent, zugleich fahren die Bauern einen Mehrertrag von 20–60 Prozent ein und haben einen geringeren Saatgutbedarf.

Es folgen weitere inspirierende Fallstudien zu Mais in Afrika und agrarökologischen Systemen in Malawi und Niger, bei denen die Düngung und Bodenregenerierung mit Leguminosen (stickstoffanreichernde Pflanzen aus der Familie der Hülsenfrüchte) eine zentrale Rolle spielt.

Danach kommt der Autor zu einem abrupten Ende. Es folgt nur ein knapper Epilog und Leserin/Rezensentin wundert sich, warum Clausing seinem Buch nicht noch ein Fazit aus dem Dargestellten gönnt. Schade ist auch, dass die an anderer Stelle (S. 88) aufgeworfene Frage unbeantwortet bleibt, ob Ackerbau ohne Pflügen (No-Till, derzeit praktiziert unter Einsatz chemischer Herbizide) auch mit biologischen Verfahren vereinbar ist.

Insgesamt setzt das den Wert von *Die grüne Matrix* nicht herab. Der Autor hat auf kompakten 136 Seiten (plus 12 Seiten Quellenverzeichnis) eine Fülle brisanten Materials aufbereitet und entwicklungspolitisch interessierten Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz wissenschaftliche Studien vor allem des angelsächsischen Raums zugänglich gemacht. Es wäre zu wünschen, dass sich diese Inhalte auch in unseren Debatten niederschlagen.

Isabel Armbrust

Franz Hochstrasser: **Konsumismus.** Kritik und Perspektiven. Oekom, München 2013 (364 S.)

Ständiges Wachstum ist ein Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft. Auf diesem Boden hat der Konsum von Gütern und Dienstleistungen ein gigantisches Ausmass erreicht. Mit *Konsumismus* beschreibt Franz Hochstrasser einen qualitativ neuen Zustand, «eine Kultur, in welcher der Konsum eine bis-

her nicht gekannte Bedeutung für die Subjekte gewonnen hat und die ganze Gesellschaft und ihre Subsysteme durchzieht» (S. 11 f.). Die der herrschenden Wirtschaftsform immanente Steigerung «regelt sowohl den Kapitalverwertungsprozess als auch die kulturellen Praktiken der Menschen» (S. 38). Zwangsläufig schafft sie neue, künstliche Bedürfnisse. Diese werden – wie Hochstrasser am Beispiel der Gentechnologie aufzeigt – mitunter sogar gegen den Willen der Konsumierenden entwickelt.

Der Autor weist darauf hin, dass in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eine Bedeutungsverlagerung von der (Lohn-)Arbeit zum Konsum stattgefunden habe. Dieser sei omnipräsent und habe «eine historisch nie gekannte Dynamik angenommen» (S. 57). Als Einkommensquelle werde die Arbeit zwar weiterhin hoch gewichtet, doch verfügten die Menschen sowohl über mehr arbeitsfreie Zeit als auch über mehr finanzielle Mittel, um ihren Konsum zu vergrössern. Zwischenmenschliche Beziehungen seien mehr und mehr über den Konsum definiert. Alles werde verdinglicht, seien es ökologische, soziale oder psychische Bedürfnisse. Unter diesen Rahmenbedingungen werde Schein wichtiger als Sein, was sich unter anderem auch in Verpackungen und überdrehtem Design äussere.

Schein statt Sein – Hochstrasser beobachtet, dass das «Glück des Habens» wichtiger wird als «die Beschäftigung mit Inhalten». Zugleich werde die mit dem Arbeitsprozess verknüpfte Kooperation zusehends ersetzt durch individualisierte «Konsumidentitäten», die entsprechend volatil seien.

Konsumismus hat verschiedene Gesichter. Hochstrasser unterscheidet zwischen kompensatorischem, demonstrativem, ironischem und kritischem Konsum. Beim kompensatorischen Konsum gehe es darum, «die Mühen und Unfreiheiten der Lohnarbeit zu kompensieren» (André Gorz). Er ist in der Systemlogik durchaus funktional und sorge für eine bessere Integration der Arbeitenden. Der demonstrative Konsum bezwecke darüber hinaus, Aufmerksamkeit zu erregen, die Identität des Individuums durch Abgrenzung zu festigen. Anders verhält es sich nach Hochstrasser beim ironischen Konsum. Die konsumierende Person durchschaue zwar Schein und Nonsens, mache aber vom Produkt oder der Dienstleistung nichtsdestotrotz (oder gerade deswegen) Gebrauch. Demgegenüber könne der kritische, durch echte und ethische Motive geleitete Konsum durchaus die Grenzen des Systems ritzen. Früher oder später gerate er jedoch in systemimmanente Widersprüche. Individuelle Strategien würden zu kurz greifen. Als Beispiel erwähnt Hochstrasser die Diskrepanz zwischen individuellem Sparverhalten und den 150 bis 170 Millionen Kubikmeter Erdgas, die zur Erdölgewinnung jährlich abgefackelt werden.

Die konsumistische Kultur steckt in einem Grundwiderspruch. Diese Kernaussage belegt der Autor von zwei Seiten her. Erstens: «Die kapitalistische Produktion verbraucht mehr Ressourcen als ihr die Natur bietet.» Und zweitens ist die menschliche Konsumkapazität physisch und psychisch begrenzt. Diese beiden Teilelemente generierten einen Antagonismus der «systemimmanent und nicht auflösbar ist. Die kapitalistischen Mechanismen treiben den Widerspruch vor sich hin und verschärfen ihn.» (S. 146) Warenexporte in neue Märkte oder selbst gut gemeinte Ansät-

ze wie «New Green Deal» könnten die Katastrophe bloss hinauszögern.

An diese Überlegungen knüpft Hochstrasser an, wenn er mögliche Handlungsperspektiven darstellt. Aus seiner Sicht reichen systemkonforme Alternativen nicht aus, um das eigene Überleben und das der nachfolgenden Generation zu sichern. Umstellen auf Bioprodukte, Reduktion des Fleischkonsums, Energie sparende Heizungen, weniger Mobilität – bei allen diesen Aktivitäten bleibe der gute Wille individualisiert. Wir würden gleichsam in der Sphäre des kritischen Konsums gefangen bleiben.

Unmissverständlich folgert der Autor, dass der dem kapitalistischen System inhärente Konsumismus nur durch kollektives Handeln und durch Verzicht möglich sei. Verzicht? Hochstrasser gibt auf diese oft gehörte Drohung eine dialektische Antwort: «In der heutigen übersteigerten Lebensweise müssen fast alle Gesellschaftsmitglieder mehr oder weniger auf Musse, gesunde Nahrung, saubere Luft, lärmfreie Zonen verzichte» (S. 334) Oder andersrum gelesen: Verzicht kann ein Gewinn für alle sein. Voraussetzungen dafür seien jegliche Formen des Sharings (gemeinsames Benutzen von Apparaten, Fahrzeugen usw.), Genügsamkeit, Befreiung von Überfluss sowie kollektive Initiativen wie «urban gardening». Darin sei der Keim für neue Politiken angesetzt. Gleichzeitig gibt Hochstrasser zu bedenken, dass Menschen Zeit brauchen, um soziale und kreative Fähigkeiten zu entwickeln, und er fügt bei: «Gründe dafür gibt es genug, Zeit aber bald keine mehr.» (S. 349)

Hochstrasser liefert eine differenzierte Analyse der konsumistischen Kultur. Konkret und verständlich zeigt er deren Entstehungsursachen, Erscheinungsformen und vor allem auch deren Zwangsläufigkeit und Grundwidersprüche auf. Systematisch stellt er verschiedene Konsummuster und jene Kompetenzen dar, die die Konsumierenden entwickeln (müssen). Folgerichtig kommt Hochstrasser zum Schluss, dass eine Überwindung des Konsumismus innerhalb der kapitalistischen Logik nicht möglich ist. Seine systemkritischen Perspektiven wirken jedoch etwas erratisch, ratlos – und bilden dadurch den aktuellen Diskussionsstand ab.

Viktor Moser

Paul B. Kleiser (Hg.): **Griechenland im Würgegriff.** Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet. Neuer ISP Verlag, Köln 2013 (188 S.)

«Griechenland hochgestuft», meldete Ende November der *Tages-Anzeiger* und berichtete über die Anhebung der Kreditwürdigkeit des krisengebeutelten Landes. Schon lange sind die Schlagzeilen über Griechenland meist in der Wirtschaftsabteilung zu finden, gängige Stichworte dazu sind «sparen», «Bankrott», «Troika» und natürlich «Krise». Wer die Berichterstattung verfolgt, muss zu dem Schluss kommen, die Griechen hätten sich heruntergewirtschaftet, könnten nicht mit Geld umgehen und allein die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds, (IWF) könne das Land noch retten.

Dieser doch manchmal etwas einseitigen Berichterstattung setzt der Herausgeber Paul Kleiser mit seinem neusten Buch *Griechenland im Würgegriff*

eine Sammlung von Texten entgegen, die eine andere Sichtweise einnehmen und sich bemühen, der komplexen Situation gerecht zu werden. Nebst einem Artikel über die Massnahmen der Troika und deren Folgen für die griechische Bevölkerung, aktuellen Beispielen von Solidaritätsbewegungen, Streiks und Massenprotesten wird auch ein historischer Abriss Griechenlands präsentiert und auf die Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges eingegangen. Weitere Beiträge beleuchten den Aufstieg der «Stiefelnazis» der Goldenen Morgenröte und die Situation der Flüchtlinge in Griechenland.

Den Auftakt macht der Herausgeber selbst und gibt einen Überblick über die griechische Geschichte von vormoderner Zeit über die Auswirkungen der französischen Revolution bis hin zum 20. Jahrhundert mit den beiden Weltkriegen, der verheerenden «Vertreibung [...] der Griechen aus ganz Kleinasien», dem Bürgerkrieg und der Errichtung der Militärdiktatur. Obwohl der historische Abriss relativ detailliert ist und die grossen Linien für der griechischen Geschichte Unkundige zuweilen verschwinden, werden dennoch wichtige Konstanten ersichtlich. So zeigt der Artikel, dass in Griechenland stets Schutzmächte wie Grossbritannien und später die USA tonangebend waren und die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes massgebend beeinflusst haben. Ebenso erzählt Kleiser von der Spaltung zwischen Volk und Elite, dem Misstrauen in den Staat, das er auch historisch begründet sieht, und von der wachsenden (wirtschaftlichen) Bedeutung der Diaspora, die gerade im Bereich der Reederei durch Steuerflucht auch heute die griechische Wirtschaft entscheidend mitprägt. Der zweite historische Beitrag, von Karl Heinz Roth, zeichnet die Geschichte der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg nach und arbeitet heraus, wie das deutsch-griechische Verhältnis durch diese Phase nach wie vor nicht ungetrübt ist.

«Griechenland: Wo die Troika regiert» zeigt vor allem auf, wie die Memoranden der Troika den griechischen Sozialstaat verstümmeln und wie die Bevölkerung unter dieser Austeritätspolitik leidet. Dabei wird das Augenmerk nicht nur auf die von aussen diktierten Sparmassnahmen gelegt. Ebenso verheerend ist die Tatsache, dass die millionenschweren Reedereien, aber auch die Kirche praktisch steuerbefreit sind. Der Misere Griechenlands liegen also nicht unbedingt ein sinnloses Ausgeben, sondern auch mangelnde Steuereinkommen zugrunde. Diese lasche Steuerpolitik gegenüber den Reedereien und der Kirche steht im krassen Gegensatz zu der Besteuerung der Bevölkerung, die mit Lohnsteuer, (stark gestiegener) Mehrwertsteuer und Immobiliensteuer nicht schlecht zur Kasse gebeten wird. Die Autoren Udry und Kleiser versuchen dabei die personellen Verknüpfungen zwischen EU-Kommission, Reedereien, Kirche und griechischer Politik darzustellen. Wenn auch aufschlussreich, ist dieser Artikel doch der am wenigsten zugängliche: Er setzt ein detaillierteres Wissen von Wirtschaftsmechanismen und wichtigen Akteuren voraus und verkommt stellenweise zu einem Name-Dropping, dem zu folgen nicht immer ganz einfach ist. Trotzdem wird ersichtlich, dass zum Teil eine massive Steuerflucht stattfindet, dass personelle Verknüpfungen bestehen und dass die wirtschaftlichen Interessen anderer EU-Länder und Wirt-

schaftssektoren von der griechischen Regierung durchaus berücksichtigt werden. So wird der Sozialstaat zwar kaputtgespart, noch im Sommer 2009 scheute sich die griechische Regierung aber nicht vor massiven Ausgaben im militärischen Bereich – ganz zur Freude der deutschen und französischen Rüstungsindustrie.

Im Gegensatz zu den beiden ersten, eher theoretisch-komplexen Beiträgen ist das Kapitel über die Gegenwehr und die sozialen Bewegungen, die in Griechenland – nicht erst seit der Krise, aber seit 2008 vermehrt – entstanden sind, erfrischend und katapultiert einen mitten in den Alltag der Aktivist/innen und ihrer Projekte. Bedürfnisorientierte Initiativen wie die Kartoffelbewegung, die Produzent/innen und Konsument/innen landwirtschaftlicher Produkte zusammenführt und so die teuren Zwischenhändler umgeht, zielen direkt auf den wunden Punkt – die Verteuerung der Lebensmittel und die Abhängigkeit der Konsument/innen und Produzent/innen von den grossen Supermarktketten. Auch andere Ideen wie Gratis-Läden oder Zeittauschbörsen, die bereits vor der Krise bestanden haben, erhalten durch die prekäre Lage vieler Griech/innen neuen Zulauf. Hier wird dargestellt, wie die Krise und die Memoranden der Troika als Katalysator für selbstverwaltete Projekte und alternative Wirtschaftsmodelle gewirkt haben. Besondere Beachtung bekommt dabei der Gesundheitsbereich: Durch die Kürzungen und Umstrukturierungen im Sozialbereich sind schätzungsweise zwischen 30 und 50 Prozent der griechischen Bevölkerung nicht krankenversichert. «Solidarische Kliniken», wo Fachpersonal und Laien freiwillig arbeiten, springen in die Bresche. Wie im letzten Beitrag über die Situation der Migrant/innen in Griechenland ersichtlich wird, gehen einige dieser Gesundheits-Initiativen auf das Engagement im Migrationsbereich zurück. Anfänglich waren es nur die Flüchtlinge, die keine Krankenversicherung hatten – mittlerweile sind 60 Prozent der behandelten Personen Griech/innen. Allerdings stossen diese Aktivitäten nicht nur auf ungeteilte Begeisterung, wie im Beitrag von Nadja Rakowitz erläutert wird. Tatsächlich ist die Frage, inwieweit staatliche Aufgaben von unentgeltlichen Initiativen übernommen werden sollten, durchaus berechtigt. Einig ist sich die Mehrheit der Aktivist/innen darin, dass die solidarischen Kliniken nicht an die Stelle der staatlichen Einrichtungen treten sollen oder wollen, dass sie aber zurzeit bitter nötig sind.

Der letzte Themenkomplex befasst sich mit dem Aufstieg der Naziorganisation Goldene Morgenröte. Paul Michel zeichnet nach, wie die Goldene Morgenröte von einer Randerscheinung zur dominierenden oder zumindest ernst zu nehmenden Kraft in Griechenland gewachsen ist. Dabei zeigt er sowohl die Verknüpfung mit der Polizei als auch die Verbindungen in die Unterwelt auf. Der Aufstieg der Goldenen Morgenröte hat dabei gravierende Auswirkungen auf die Situation der Flüchtlinge in Athen: Gewalt gegen Migrant/innen ist in gewissen Gegenden absolut salonfähig geworden, sodass mehrere Quartiere als sogenannte No-go-Areas für Menschen nichtgriechischer Herkunft genannt werden. Die Regierungskoalition unternimmt dabei nichts, um die Situation zu entschärfen, vielmehr werden Sondergesetze für Migrant/innen erlassen, die die fremdenfeindliche Haltung gewisser

Exponenten in der griechischen Politik legitimieren.

Paul Kleiser präsentiert eine empfehlenswerte Textsammlung, die einen guten Überblick über Vergangenheit und Gegenwart in Griechenland gibt und sowohl Akademiker/innen wie auch Aktivist/innen zu Wort kommen lässt. Zudem wird mit dem abschliessendem Kapitel das Schaffen des Filmregisseurs Theo Angelopoulus (1935–2012), des bedeutenden Chronisten Griechenlands, gewürdigt.

Sabine Lenggenhager

Rahel Jaeggi / Daniel Loick (Hg.):
Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2013 (518 S.)

Manche lesen Marx, weil sie sich Einsichten in die Bewegungsgesetze moderner Gesellschaften erhoffen; andere wollen ihn auf seine «Anschlussfähigkeit» hin befragen. Angeschlossen werden soll er im vorliegenden Band an Hegel, den Postrukturalismus oder Rawls (S. 12 f.), an Theorien der Anerkennung oder der distributiven Gerechtigkeit.

Viele der vorwiegend aus dem Umkreis der Frankfurter Schule stammenden Autorinnen und Autoren verzeihen es Marx nicht, dass er, wie *Michael Quante* schreibt, die Kritik der politischen Ökonomie nicht als philosophische Theorie verstanden hat (S. 83). Sie beschränken sich in ihrer Lektüre denn auch oft auf die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* von 1844, von deren philosophischer Ausrichtung Marx sich später distanziert hat. «Marx hätte Hegelianer sein sollen», verkündet *Terry Pinkard* (S. 195). *Frederick Neuhouser* meint, im Gegensatz zu Hegel habe Marx die private Freiheit nicht als eigenständigen Wert anerkannt, vergisst dabei aber, dass Marx in der *Deutschen Ideologie* betont, die Aufhebung des «Privatmenschen» sei gerade nicht das Ziel der Kommunisten, und dass er im *Kommunistischen Manifest* bestimmten sozialistischen Richtungen die Diskreditierung der liberalen Verfassung und der bürgerlichen Freiheiten vorwirft. *Andrew Chitty* zufolge hält Marx' Eigentumskonzeption dem Vergleich mit jener Hegels, der im Privateigentum eine Bedingung der wechselseitigen Anerkennung freier Personen sieht, nicht stand. Leider hat er nur die *Manuskripte,* nicht aber spätere Texte studiert, worin Marx die Differenz zwischen privatem und individuellem Eigentum thematisiert.

John Rawls ist sich der Differenz zwischen seiner eigenen und der Marx'schen Konzeption bewusst gewesen. Dagegen sieht *Andrew Brudney* Affinitäten zwischen dem jungen Marx und dem Autor der *Theorie der Gerechtigkeit.* Während Rawls seinen Entwurf als ideale Theorie begreift, worin Menschen so handeln, wie sie gemäss den als fair definierten Normen handeln sollten, beschreibt Marx soziale Beziehungen, wie sie aus der Befreiung von den Zwängen des Kapitalismus resultieren könnten. Diesen nicht unwichtigen Unterschied blendet Brudney aus. Seine Frage lautet, ob schon die Durchsetzung fairer Verteilungsregeln oder erst die Veränderung der Produktionsverhältnisse sozialen Wandel bewirkt und selbstbestimmte Arbeit ermöglicht. Bemerkenswert ist die Antwort: Der «tatsächliche Marx von 1844» (der annimmt, im Kommunismus sei die Knappheit der Güter überwun-

den) würde Rawls' Konzeption (welche keine Veränderung des Produktionssystems vorsieht) ablehnen. Ein «eingeschränkter Marx von 1844» (der von einem Kommunismus mit Güterknappheit ausgeht) könnte ihr dagegen zustimmen. Der Erkenntnisgewinn solcher Gedankenspiele ist so bescheiden wie ihre politische Relevanz; sie offenbaren das Elend einer politischen Philosophie, die sich in normativer Spekulation verliert.

Andrea Maihofer plädiert in kritischer Abgrenzung von dieser normativen Weise des Philosophierens für ein materialistisch-(de)konstruktivistisches Verständnis von Normativität, für eine Synthese von Marx und Foucault sozusagen. Der späte, «ethische» Foucault, auf den sie sich beruft, hat freilich den Materialismus seiner frühen Jahre revidiert; er verneint explizit, dass es eine Verbindung gibt zwischen der Ethik und den sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen. Seine Überzeugung, es sei uns mittels einer epistemischen Emanzipation möglich zu beschliessen, radikal anders zu handeln und zu denken, erinnert fatal an jene «unschuldigen und kindlichen Phantasien» der Junghegelianer, über die sich Marx und Engels mokiert haben. Ebenso wäre daran zu erinnern, dass Foucault zuvor bereits die Idee revolutionärer Politik für obsolet erklärt und gar das Ende der Politik prophezeit hat. Inwiefern eine dekonstruktivistische Deutung der Marx'schen Theorie zu einem besseren Verständnis derselben beizutragen vermag, ist so wenig einsichtig wie die Behauptung, Marx stelle Normativität grundsätzlich infrage. Die Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung sind in seiner Argumentation stets präsent; Ideologiekritik wäre sinnlos ohne die Annahme, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse könnten erkannt und daher richtige, nämlich befreiende Handlungsweisen bestimmt werden (vgl. dazu auch *Titus Stahls* Beitrag zur Ideologiekritik).

Rahel Jaeggi unterscheidet drei Dimensionen der Kapitalismuskritik. Während die funktionale Kritik von unausgewiesenen normativen Kriterien abhängt, ist bei Marx zwar eine Analyse der Ausbeutung, nicht aber deren moralische Kritik zu finden. Die ethische Kritik schliesslich steht in Gefahr, zur Modernitätskritik zu werden, wie ja schon Marx erkannt hat. Gemäss der wenig aussagekräftigen Konklusion von Jaeggi muss der Kapitalismus dennoch im ethischen Sinn als Lebensform kritisiert werden.

Axel Honneth vermisst im *Kapital* ebenfalls die Moral, wohingegen in den Schriften zu den revolutionären Ereignissen von 1848 und 1871 in Frankreich seiner Lesart zufolge Akteure auftreten, die von der Rechtmässigkeit ihres Handelns moralisch überzeugt sind und sich auf gesellschaftliche anerkannte Normen stützen können. Die moralische Dimension fehlt jedoch im *Kapital* keineswegs. Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit finden statt, weil die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein «moralisches Element» enthält, nämlich materielle, kulturelle und intellektuelle Bedürfnisse. Aus der Bedürftigkeit des Menschen ergeben sich notwendig moralische Konsequenzen. Ebenso wäre daran zu erinnern, dass Marx die Reduktion der Menschenrechte auf Rechte von Marktteilnehmern eben deshalb kritisiert, weil autonome Handlungsmöglichkeiten im Markt ungleich verteilt sind.

Gemäss einer häufig formulierten Kritik ist Marx' Vision sozialer Veränderung unpolitisch. Unstrittig dürfte sein, dass er die Idee einer Autonomie der Politik verwirft. *Etienne Balibar* nimmt eine bereits von Carl Schmitt diskutierte Problematik auf, wenn er die Frage erörtert, ob dem Staat das Monopol des Politischen zukommt oder auch der Kampf der Klassen politisch ist. In Balibars Sicht ist die Unterscheidung zwischen Politik als Institution und als Praxis problematisch geworden; im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung werden auch die Dichotomien von Staat und Zivilgesellschaft, Citoyen und Bourgeois obsolet; der Staat arbeitet paradoxerweise nur noch daran, die von ihm geschaffene öffentliche Sphäre abzubauen (S. 459). Um einen neuen Begriff des Politischen zu gewinnen, ist daher von der Inversion der Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staat und Markt auszugehen (S. 462).

Mit Marx' Kritik der Politik befasst sich auch *Alex Demirović*. Er legt überzeugend dar, weshalb die von vielen Marx-Kritiker/innen aufgestellte Behauptung, mit dem prognostizierten «Absterben» des Staats werde das Politische verschwinden, Marx' Argument nicht gerecht wird. Eher ist von der Idee einer Rücknahme der Politik in die Zivilgesellschaft auszugehen. Aufschlussreich ist *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, worin Marx darlegt, wie die in der Commune organisierte Zivilgesellschaft selbst zum politischen Akteur wird und die Sphäre des politischen Handelns auf den Bereich der Ökonomie ausdehnt.

Die stärkste intellektuelle Herausforderung stellt zweifellos der Beitrag von *Moishe Postone* dar; er hat 1993 das vieldiskutierte Buch *Time, Labor and Social Domination* veröffentlicht. Angesichts des Niedergangs des traditionellen Marxismus und der Unzulänglichkeiten postmarxistischer Strömungen will er die Aktualität von Marx mittels einer radikalen Neuinterpretation einsichtig machen. Nicht mehr die Affirmation, sondern die Kritik der zentralen Rolle der Arbeit steht dabei im Zentrum. Postone stützt sich in seiner Argumentation auf die *Grundrisse*. Marx legt darin dar, wie im Kapitalismus persönliche durch sachliche Abhängigkeitsverhältnisse verdrängt werden, die dann wiederum in einer nachkapitalistischen Zukunft der freien Individualität weichen. Ebenso – und dies ist für Postone entscheidend – erklärt er, wie die Arbeit im Kapitalismus aufhört, Quelle des Reichtums zu sein, das Kapital aber dennoch die Reduktion der Arbeitszeit und damit die freie Entwicklung der Individualität verhindert. Kapitalistische Herrschaft bedeutet, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur zwingenden Norm wird; es handelt sich um «die Herrschaft der Zeit über die Menschen» (S. 378 f.).

Angesichts der hohen Abstraktionsebene, auf der sich Postones Argumentation bewegt, ist *Hartmut Rosas* Beitrag als provokative Ergänzung willkommen. Klassenkampf und Verteilungsgerechtigkeit sind als Instrumente zur Überwindung des Kapitalismus denkbar ungeeignet, so Rosas These. Er hat sich als Theoretiker der Beschleunigung einen Namen gemacht; in der sich stetig beschleunigenden Selbstbewegung des Kapitals erblickt er das Subjekt der Geschichte, das Gewinner wie Verlierer des Verteilungskampfes gleichermassen unterwirft. Dem Kampf um Wettbewerbsfähigkeit, einer «sozialen Eskalationslogik», werden alle individuellen und kol-

lektiven Kräfte geopfert (S. 396) und unter die Herrschaft der abstrakten Zeit gezwungen. Wenn die politische und gewerkschaftliche Linke zu Recht einen grösseren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum fordert, spielt sie doch ungewollt das neoliberale Spiel der Steigerung und Beschleunigung als Selbstzweck mit. Es ginge mithin darum, dem Spiel die Motivationsressourcen zu entziehen. Wie sich dieser Rat in politische Strategien übersetzen lässt, ist gewiss keine einfache Frage. Postones und Rosas Beiträge sind aber schöne Beweise dafür, dass die «alte» kritische Theorie neben der normativ disziplinierten neuen weiter besteht und Marx nicht beliebig «anschlussfähig» ist. Wenn er uns heute interessiert, dann deshalb, weil er anders denkt als Hegel oder Habermas, Rawls oder Foucault. Mehr Dissens tut der politischen Philosophie der Gegenwart so dringend not wie der realen Politik.

Urs Marti

Wolfgang Fritz Haug: **Das «Kapital» lesen – aber wie?** Materialien zur Philosophie und Epistemologie der marxschen Kapitalismuskritik. Argument, Hamburg 2013 (318 S.)

Nicht nur für das *Handelsblatt* (Okt. 2012, Nr. 198) ist Marx der «letzte unwiderlegte Klassiker», sein Hauptwerk der «Subtext zur Dauerkrise». Die wiederkehrende Aktualität des marxschen *Kapitals* gibt auch den Fragen der Interpretation eine neue Dringlichkeit. Sich über diese Fragen klar zu werden, dazu dient Haugs Buch, das sich mit heute verbreiteten *Kapital*-Lektüren auseinandersetzt und der Erarbeitung einer über sich selbst Aufschluss gebenden Lektürepraxis zuarbeiten will. Das Herzstück bildet die Frage nach dem «Quellcode» (S. 25), der «philosophischen Grammatik» der marxschen Kapitalismuskritik und dem Verbleib der Dialektik in der internationalen Theoriediskussion, angefangen bei der in den letzten Jahren der DDR entstandenen Marx-Kritik über das Erbe der Althusser-Schule bis hin zur «Neuen Kapital-Lektüre» und der angelsächsischen Marx-Aneignung durch David Harvey. Infrage steht für Haug das «Wie einer *Kapital*-Lektüre, die zugleich philosophisch reflektiert, sozialwissenschaftlich produktiv und offen für politisch-gesellschaftliche Praxis ist» (S. 26). Wissenschaftsphilosophie und Erkenntnistheorie sind die Pole, um die sich die verschiedenen Kapitel gruppieren. Die Problemfronten: die Frage nach der Darstellungsfolge, das Verhältnis von Praxis und ökonomischer Struktur, schliesslich der krisenhafte Strukturprozess des Kapitalismus und seine fundamentalen Widersprüche.

Haug richtet sich gegen eine *Kapital*-Lektüre, die «im Ton der Verachtung dem ‹Arbeiterbewegungsmarxismus› valet» (S. 35) sagt und aus der eigenen Geschichte herauszutreten gedenkt, um sich die Hände in Unschuld zu waschen. Die «Ausschliessung» sei das «Warenzeichen des Neuen», das mit Schimpf vom «traditionellen Marxismus» spricht und «in vermeintlicher Direktivverbindung zu Marx» einen «Exodus aus der Geschichte des Marxismus» anführe (S. 137 f.). Doch ohne «historisch-kritische Aufarbeitung, die sich nicht einfach erhaben dünkt über allen ‹traditionellen Marxismus› und die mit ihm verbundenen historischen Erfahrungen, die negativen eingeschlossen, eignen auch Marx-

Zitate sich als Opium des Volks» (S. 208). Zumal die Erfahrung des Scheiterns des europäischen Staatssozialismus lässt, was Benjamin rettende Kritik genannt hat – Destruktion des unhaltbar Gewordenen, Rettung des Unabgegoltenen –, zur drängenden Aufgabe werden. Da «jede Kapitalismuskritik mehr oder weniger bewusst und explizit auf die Möglichkeit einer Alternative baut» (S. 70), hält Haug es für unerlässlich, die «geschichtlich radikal neu gestellte Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer Alternative» (S. 71) aufzunehmen und die aus den Erfahrungen mit dem «Realsozialismus» entstandene Kritik an der marxschen Theorie zu prüfen. Dieser Prüfung dient die Auseinandersetzung mit der *Kritik der marxschen Ökonomie* (1975) von Adolf Dresen und den postkommunistischen Einlassungen Peter Rubens (S. 69 ff.).

Motivbildend geht es zur Sache, wenn Haug das Erbe der Althusser-Schule besichtigt, deren Nachwirkungen in Fragen der *Kapital*-Lektüre «ein halbes Jahrhundert später noch immer zu spüren» (S. 57) seien. Die Frage, wie ins *Kapital* hineinzufinden sei, beantwortete Althusser bekanntlich mit der «imperativen Empfehlung», den «gesamten ersten Abschnitt zu überspringen», die folgenden Abschnitte mehrmals zu lesen, um sich dann «mit unendlicher Vorsicht» dem Anfang zu nähern (S. 92). Gegen diese Empfehlung wendet Haug ein, dass «der marxsche Begriff der ‹Verwertung› des ‹Werts›, ‹worin er Mehrwert zusetzt› [...], unverständlich» bleibe, wenn nicht die im ersten Abschnitt entwickelten «Formen von Ware, Wert und die Form der einfachen Warenzirkulation» verstanden worden sind (S. 93). Wenn es auch, wie Haug Etienne Balibar zugutehält, zutreffen mag, «dass Gegenstand des *Kapital* die Elemente gemäss ihrer Anordnung im Innern der kapitalistischen Formation sind», sei es dennoch, meint Haug, «illusorisch zu glauben, sie liessen sich in strenger Trennung von ihrer Genese begreifen» (S. 96). Indem die Althusser-Schule den von Marx rekonstruierten Prozesscharakter kapitalistischer Produktionsweise in eine «rein begrifflich-gedankliche Existenz» (S. 53) verwandelt, legt sie die marxsche Entwicklungsmethode auf eine «theoretische Synchronie» fest (S. 56), wodurch das Prozessuale in der Darstellung der Kapitalismusentwicklung getilgt wird. Was Haug als «logischen Simultanismus» (S. 57 ff.) zurückweist, konnte auch das, wie rekonstruiert wird, von Marx aus der Geologie entlehnte Bild vom «idealen Durchschnitt» (vgl. S. 46) zum rätselhaften Wappenspruch der «Adepten der ‹monetären Werttheorie›» (S. 149) werden lassen. Sie nehmen in Anspruch, die marxsche Kritik der politischen Ökonomie, in der Hans Georg Backhaus eine «prämonetäre Werttheorie» erarbeitet sah, zur «monetären Werttheorie» fortentwickelt zu haben, und unterschieben Marx eine «logische Methode». Damit steht eine Kernfrage der Kritik der politischen Ökonomie zur Disposition: die marxsche Wertformanalyse.

Anders als Haug, der auf die genetische Rekonstruktion der Realvermittlungen und Formübergänge der im *Kapital* dargestellten Genesis von Ware-Geld-Beziehungen insistiert, erscheint der monetären Werttheorie die marxsche Analyse der Geldform als blosse Explikation einer logischen, im Kopf des Wissenschaftlers vorgehenden Formentwicklung, der kein Vorgang in der Wirklichkeit entspricht. Dem hält Haug mit Marx

entgegen, dass dies nur so denken könne, wer «vom ‹Begriff› Wert, nicht von dem ‹sozialen Ding›, der ‹Ware›», ausgehe (S. 237). Wenn sich aber die Analyse auf die «innere Formlogik» des Geldes beschränke, verspiele sie «die Erkenntnis der konkreten Verhältnisse» (S. 124). Durch die Verschiebung der «Dialektik aus einer Sache der Logik in die Logik der Sachen selbst» (S. 237) erscheint die Formentwicklung des Geldes als ein Vorgang, der sich, unabhängig vom Handeln der Menschen, aus dem die Handlungsvoraussetzungen resultieren (vgl. S. 215), auf die «innere Logik» des Gegenstandes kapriziert. Nicht aber, wendet Haug ein, die «Sache der Logik», sondern die «Logik der Sache» sei herauszufinden. Diese Sache könne schliesslich «nichts anderes sein als das (auch naturbedingte) Verhalten der Menschen im geschichtlichen Ensemble ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse» (S. 201).

Andere «epistemologische Hindernisse», die das Begreifen der materiellen Praxis blockieren, ergeben sich in der aus den USA herüberschwappenden *Kapital*-Lektüre. Wo «ein aus sprachlich zweiter Hand entwickeltes Verständnis des marxschen Hauptwerks» (S. 177) gewonnen werden soll, kann sich, wie Haug am Beispiel David Harveys vorführt, der linguistische Rückimport aus dem Englischen als «Theorie-Enteignung» (S. 178) vollziehen. So versinken etwa die marxschen Differenzierungen zwischen «sachlich», «dinglich», «stofflich», «materiell» in der *Kapital*-Übersetzung von Fowkes allesamt in dem Wort «material». Der Materiebegriff werde auf diese Weise eine «unerschöpfliche Quelle der Verwirrung» (S. 188). In der Folge denkt Harvey «das als Wert artikulierte gesellschaftliche Arbeitsverhältnis als etwas Immaterielles», wodurch in der deutschen Rückübersetzung der gespenstische Vorgang einer «Entmaterialisierung des gesamten Währungssystems» entsteht (S. 191).

Die haugsche Kunst, in der mit Schärfe vorgetragenen Kritik das positive Verständnis für eine *Kapital*-Lektüre zu entwickeln, die das dialektische Denken zurückgewinnt, bereitet den Boden für eine Kapitalismuskritik, die nicht im Logizismus erstarrt, sondern die «Dynamik massenhaften Verhaltens in bestimmten Verhältnissen» (S. 205) auf den Begriff bringen lässt. Daran wird sich die Zukunftsfähigkeit marxistischer Kritik messen müssen.

Jan Loheit

Peter Streckeisen: **Soziologische Kapitaltheorie.** Marx, Bourdieu und der ökonomische Imperialismus. Transcript, Bielefeld 2014 (340 S.)

Peter Streckeisen setzt sich in seiner soziologischen Habilitation mit dem Kapital von Karl Marx und damit auseinander, was die ursprüngliche Konzeption beinhaltet und wer sie wie rezipiert. Er ergründet das Kapital vor allem als gesellschaftliches Verhältnis.

Streckeisen unterscheidet zwischen Marx und Marxismus. Beim Marxismus handelt es sich um verschiedene Positionen vielfältiger Marxismen. In der älteren Soziologie dominiert eine Lese, die sich an einschlägigen Themen orientiert, an Arbeitswert- und Klassentheorien, an der Geschichtsphilosophie sowie an der Entfremdung. Gängige Debatten dokumentieren ein gespanntes

Verhältnis zwischen der Soziologie und dem Marxismus. Neuere Ansätze interessieren sich mehr für gesellschaftliche Form- und Fetischtheorien. Streckeisen geht verschiedenen Strängen nach und bezieht sich dabei vorwiegend auf das umfassende Hauptwerk, in dem er diverse Baustellen entdeckt. Seine Überlegungen sind in sieben Schritten dargelegt.

Im ersten Schritt leitet Streckeisen den aktuellen Stand soziologischer Kapitaltheorien her. Diese rezipieren das Hauptwerk von Karl Marx nur selten. Sie konzentrieren sich auf die Frühschriften und auf anthropologische Aspekte der Entfremdung. Peter Streckeisen betrachtet das soziologische Verdrängen des Kapitals als eine Leerstelle. Sie diente dem dogmatischen Marxismus als Vorwand, die Soziologie in eine bürgerliche Ecke zu stellen. Streckeisen will verstehen, weshalb spezifische soziologische Kapitaltheorien just das ignorieren, was im Hauptwerk von Marx wesentlich ist. Ein Blick in soziologische Handbücher zeigt reduktionistische Zugänge auf.

Im zweiten Schritt kommt «Ein anderer Marx» zum Vorschein. Streckeisen skizziert dabei Konturen einer neuen soziologischen Lektüre. Er legt Wert darauf, das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis zu betrachten. Zudem als soziale Kraft und quasi «objektive» Gedankenform. Das Kapital von Karl Marx enthält mehr Systemanalyse und Formtheorie als Praxisforschung. Marx arbeitet heraus, was das Kapital mächtig macht. Dazu gehören bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse. Aus ihnen schöpft das Kapital viel Dynamik. Daher muss eine Phänomenologie des Kapitals vielfältige kapitalistische Alltagskulturen wahrnehmen.

Die «Spurensuche bei den Klassikern der Soziologie» steht im dritten Schritt im Vordergrund. Peter Streckeisen geht vom Befund eines paradoxen Sachverhalts aus. Obwohl Karl Marx in der Soziologie durchaus präsent ist, bleibt sein Hauptwerk weitgehend vernachlässigt. Zu den Ausnahmen gehört Werner Sombart. Affinitäten zum Kapital lassen sich auch bei Georg Simmel feststellen. Vor allem in der Philosophie des Geldes. Simmel betrachtet das Geld als soziales Verhältnis. Zudem als soziale Kraft einer Totalität, die sich Menschen entgegenstellt. Er nimmt vorweg, was Theorien des Human- und Kulturkapitals später aufgreifen. Weitere Klassiker der Soziologie setzen sich zwar mit Marxismus auseinander, aber kaum mit dem Kapital.

Im vierten Schritt geht Streckeisen auf «Das Erbe des Marxismus» ein. Er konkretisiert den Einfluss des Marxismus auf die soziologische Rezeption von Karl Marx. Das Erbe führt sinnig zur Kritischen Theorie. So zu Friedrich Pollock. Er betrachtet den Nationalsozialismus als neue gesellschaftliche Ordnung und nicht einfach als politische Form, die dem Monopolkapitalismus entspricht. Präsent ist Karl Marx auch in der Arbeitssoziologie (der 1970er-Jahre).

Im fünften Schritt, «Humankapital und ökonomischer Imperialismus», geht Streckeisen darauf ein, wie Humankapitaltheorien der 1960er-Jahre soziologische Kapitaltheorien beeinflussen. Diese sind vornehmlich ökonomisch orientiert. Das veranschaulichen diverse Sozialkapitaltheorien. Der Autor diskutiert unter anderem jene von Coleman und Putnam. Er analysiert auch, wie sich pragmatisches, nutzenorientiertes Rational-Choice-Verständnis verbreitet.

«Das Kapital bei Bourdieu» vertieft

Streckeisen in seinem sechsten Schritt. Er bringt hier eine andere Sicht zum Vorschein. Wesentlich ist bei Bourdieu die Kritik der ökonomischen Theorie. Bourdieu wendet sich gegen das Bild einer Ökonomie, die quasi naturgesetzlich verankert ist. Seine Theorie des Habitus eignet sich vorzüglich, um den ökonomischen Imperialismus zu kritisieren; wobei auch Bourdieu den zentralen Begriff des eigentlichen Kapitals übergeht und laut Streckeisen sogar dazu schweigt. Gleichwohl versuchte Bourdieu, den Marxismus durch die Brille von Marx zu betrachten.

Pierre Bourdieu verzichtet auf gängige Dualismen von Ökonomie und Kultur (oder Struktur und Subjekt). Das ist wichtig. Peter Streckeisen kritisiert indes den selektiven Umgang mit dem, was der französische Soziologe von Marx aufgreift. Er will blinde Flecken der Kapitaltheorie von Bourdieu aufdecken. Und zwar aus Sicht des marxschen Hauptwerkes. Pierre Bourdieu trifft so einen Grundpfeiler des amerikanischen Neoliberalismus. Nämlich die Theorie des rationalen Agenten. Er ignoriert jedoch, kritisiert Streckeisen, die Naturalisierung der Kapitalform.

Im siebten Schritt, «Die gesellschaftlichen Formen des Kapitals», führt Streckeisen seine eigene Sicht weiter aus. Er skizziert, wie sich die soziologische Kapitaltheorie befruchten lässt. Dies auf der Grundlage des *Kapitals* und der neueren Forschung zu Marx. Sie vermittelt wichtige Erkenntnisse. Insbesondere zu einer Formtheorie des Sozialen. Im Zentrum steht ein einfacher Gedanke. Die Idee des Kapitals wird durch Formbestimmungen gesellschaftlich wirksam, indem es menschliches Denken und Handeln in spezifische gesellschaftliche Formen bringt. Als Schlüsselbereiche dienen Arbeit, Bildung, Entwicklung und Zeit.

Die marxsche Kapitalismusanalyse lässt erkennen, wie Differenz und Ungleichheit ineinandergreifen. Wenn das Kapital menschliches Denken und Handeln in besondere gesellschaftliche Formen bringt, erzeugt es auch soziale Ungleichheit unter den Menschen. Peter Streckeisen geht mit Marx über Marx hinaus. Er entdeckt in der sozialen Ungleichheit, die der Soziologie so selbstverständlich erscheint, eine besondere gesellschaftliche Form. Und er betrachtet sie als ebenso erklärungsbedürftig wie alle andern gesellschaftlichen Formen des Kapitals. Peter Streckeisen leistet so einen wertvollen Beitrag dazu, gesellschaftliche Funktionen des Kapitals besser zu verstehen. Seine Analyse zeugt von kritischer Distanz. Auch zu Marx. Und sich selbst gegenüber. «Marx' Beschreibungen sind so eindrücklich», bemerkt Peter Streckeisen, «dass die Gefahr einer faszinierten Lektüre, die sie unreflektiert verallgemeinert, gross ist.»

Ueli Mäder

Tagungsbericht: **Gute Arbeit – gutes Leben!**
Wir Frauen zahlen eure Krise nicht!

Unter diesem Motto stand der Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), der am 15. und 16. November 2013 in Bern mit rund 200 delegierten Gewerkschafterinnen aus der ganzen Schweiz und Gastreferentinnen aus dem In- und Ausland stattfand. Neben den statutarischen Geschäften setzten sich die Gewerkschafterinnen

mit den Schwerpunktthemen der allgegenwärtigen Krise auseinander und reflektierten darüber, was gute Arbeit und gutes Leben aus heutiger Sicht für Frauen in unserer Gesellschaft bedeuten würde.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte bis ins 19. Jahrhundert haben Gewerkschafterinnen und wachsame Frauen gelehrt, dass die wiederkehrenden Wirtschaftskrisen immer wieder benutzt wurden, um Arbeitsplätze zu reduzieren, Arbeitsbedingungen zu deregulieren und zu verschlechtern und prekäre Arbeitssituationen zu schaffen. Diese Verschlechterungen treffen immer wieder und im besonderen Frauen. Diese Feststellungen unterstrich die französische Gastreferentin Esther Jeffers (Ökonomin an der Université Paris 8 und Mitglied des ATTAC-Wissenschaftsrates) in ihrem Referat «Les femmes face à l'austérité (Frauen sind stärker betroffen)». Sie erklärte weiter, dass wir heute feststellen müssten, dass in den letzten Jahrzehnten in den westeuropäischen Ländern wie in den USA die strukturellen Probleme zugenommen hätten. Einnahmen und Ausgaben würden zunehmend auseinanderdriften. Parallel dazu nähmen Kapitalgewinne zu, Investitionen aber ab. Die Folgen seien überall die gleichen: Arbeitsplatzabbau, Budgetkürzungen der öffentlichen Hand, Sparmassnahmen, zunehmende Prekarität und Armut, darüber hinaus würden das «europäische Sozialmodell», die Arbeitsrechte, Renten und Sozialversicherungen angegriffen. Ende 2012 hat das Europaparlament in seinem Bericht über die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf die Geschlechtergerechtigkeit festgehalten, dass sich die Arbeitsbedingungen für Frauen wesentlich verschlechtert haben. Viele Frauen seien gezwungen, sich mit prekären und befristeten Arbeitsplätzen zufriedenzugeben mit Folgen von zunehmenden Lohneinbussen. Das Europäische Parlament kam zum Schluss, dass Kürzungen der öffentlichen Budgets die Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen stärker akzentuiert. Da der öffentliche Sektor für viele Frauen ein wichtiger Arbeitgeber ist, ist in diesem Bereich die Frauenquote der Erwerbslosigkeit sehr viel höher. Kommt dazu, dass sie als Nutzerinnen der Erwerbslosenversicherung und der Sozialhilfe im Zuge von Budgetkürzungen und Sparmassnahmen zusätzlich betroffen sind.

Abschliessend betonte Esther Jeffers in ihrem Referat, dass Budgetkürzungen und Sparpolitik nicht unausweichlich seien. Es gebe andere Lösungen: Auf politischer Ebene zum Beispiel müsse in den öffentlichen Sektor im Interesse des Gemeinwohls investiert und nicht Sparmassnahmen durchgeführt werden, das Bankgeheimnis müsse unbedingt aufgehoben werden. Es sei aber auch die Arbeitszeit zu reduzieren und die Rentensysteme seien zu verteidigen. Dazu brauche es eine europaweite Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich vom feministischen Esprit leiten lassen.

Mit diesem Aufruf war der Boden vorbereitet für den Beitrag der Gastreferentin aus Deutschland, Alexandra Scheele (Brandenburgische Technische Universität, Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl Wirtschaft- und Industriesoziologie), die sich mit der Frage «Was sind die Anforderungen und Kriterien für gute Arbeit?» auseinandersetzte. Sie bemerkte gleich vorweg, dass es über die Qualität von Arbeit als normatives Konzept keine festgelegten Kriterien gibt, um diese Qualität zu spezifizieren. Aber

Qualität von Arbeit als relatives Konzept unterscheide sich je nach Kontext der Struktur des Arbeitsplatzes, der Art der Beschäftigung, den Anliegen und Praktiken der Arbeitgeber, den Arbeitsbeziehungen, Arbeitsmarktbedingungen, sozialpolitischen Rahmenbedingungen etc. 2001 hat die EU Indikatoren für Arbeitsqualität definiert. Neben Merkmalen wie intrinsische Arbeitsqualität, lebenslangem Lernen und Karrieremöglichkeiten, Gesundheit und Schutz, Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsorganisation, Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung werden auch Indikatoren zur Gleichberechtigung wie Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie («work-life balance»), Mitbestimmung oder Diversität genannt, die mit den ILO-Richtlinien zu «decent work» (würdige Arbeit) vergleichbar sind. Auch Nancy Fraser, Politikwissenschaftlerin und eine der bekanntesten US-amerikanischen Feministinnen, hat bereits vor 20 Jahren darauf hingewiesen, dass normative Anforderungen für eine Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in erster Linie heisst, Armut, Ausbeutung und Marginalisierung der Frauen und den Androzentrismus zu bekämpfen und sich stark zu machen für gleiches Einkommen, gleiche Freizeit, gleiche Anerkennung. Heute haben wir aber eine gegenteilige Entwicklung: Ausschluss vieler Frauen aus dem Erwerbsarbeitssystem, Zunahme prekärer, niedrig bezahlter und befristeter Beschäftigungen, «Arbeit unter (Leistungs-) Druck», Dominanz der Erwerbsarbeit. Sachverhalte, die tendenziell andere Lebensbereiche und das Private abwerten. Alexandra Scheele schloss mit dem Fazit, dass sich geschlechterpolitische Anforderungen an «gute Arbeit» in einer komplexen Arena bewegen. Die Debatte über «gute Arbeit» müsse an den noch existierenden Geschlechterunterschieden bei Arbeitsmarktsegregation, Arbeitszeiten, Einkommen, Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ansetzen. Es müsse ein geschlechtergerechtes Leitbild von «guter Arbeit» entwickelt werden.

Auf diesem Hintergrund haben die Gewerkschaftsfrauen an ihrem Kongress Resolutionen verabschiedet, die ein Ende des Sparens auf dem Buckel der Frauen und eine Ende des Abbaus von öffentlichen Dienstleistungen, bessere Arbeitsbedingungen und mehr präventive Massnahmen gegen berufsbedingte Erkrankungen sowie keine Rentenaltererhöhung für Frauen fordern.

Und nicht zuletzt verlangten die delegierten Gewerkschafterinnen von der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dass nun endlich griffige Massnahmen für die Umsetzung der Lohngleichheit in Angriff genommen werden. «Wir haben lange gewartet, freiwillig sorgen die Arbeitgeber nicht für Lohngleichheit. Das Gesetz ist einzuhalten – und dazu braucht's Kontrollen und Sanktionen», so die kämpferischen Worte der Kongressteilnehmerinnen. Die Bundesrätin, die als Gastrednerin eingeladen war, stellte Massnahmen in Aussicht, um die längst fällige Lohngleichheit zu erreichen: «Wenn es die Wirtschaft alleine nicht schafft, dann muss die Politik nachhelfen», so ihr Versprechen. Gewerkschaften und Frauenorganisationen werden sie beim Wort nehmen. Denn der Kampf für «gute Arbeit» muss bei den Unterschieden ansetzen.

Therese Wüthrich